

IDEOLOGIE ODER EINHEIT? DIE ZUKUNFT SPANIENS NACH DEN PARLAMENTARS- WAHLEN VOM 9. MÄRZ 2008

Michael Däumer / Sebastian Grundberger / Malte Kähler

DAS WAHLERGEBNIS VOM 9. MÄRZ 2008: KLARER REGIERUNGS-AUFTRAG FÜR ZAPATERO

Am 9. März 2008 waren über 35 Millionen Spanierinnen und Spanier aufgerufen, die beiden Kammern des Spanischen Parlaments (Cortes Generales) neu zu wählen.¹ Besondere Bedeutung hat dabei die Zusammensetzung des Congreso de los Diputados, dessen 350 Abgeordnete den Ministerpräsidenten in einem besonderen Wahlakt (*Investidura*) bestimmen. Auch 208 der insgesamt 264 Mitglieder des spanischen Senats wurden neu gewählt. Zusätzlich werden noch 56 Senatoren durch die Parlamente der Autonomen Regionen entsandt. Der theoretisch als Länderkammer konzipierte Senado ist dabei in der politischen Praxis jedoch eher unbedeutend.

DER CONGRESO

Die Abgeordneten des Congreso werden in den 52 spanischen Provinzen, die gleichzeitig als Wahlkreise fungieren, nach dem D'Hondtschen Verfahren gewählt. Es gilt eine Drei-Prozent-Hürde, welche jedoch auf der Ebene der Provinzen und nicht national angewendet wird. 50 Provinzen erhalten unab-

Michael Däumer war bis Ende April 2008 Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung für Spanien und Portugal in Madrid und übernimmt am 1. Juni 2008 die Leitung des KAS-Auslandsbüros in Amman, Jordanien.

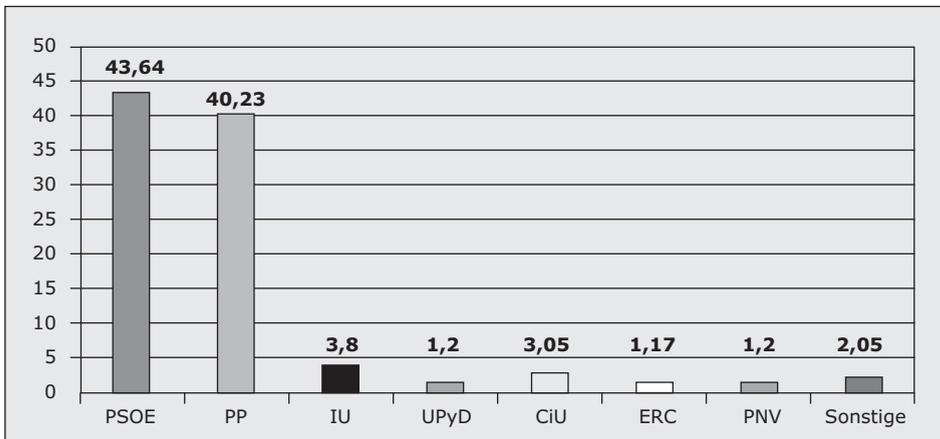
Sebastian Grundberger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Madrid.

Malte Kähler studiert Politikwissenschaft, Wirtschaftspolitik und Spanisch an der Universität Münster. Von Februar bis März 2008 absolvierte er ein Praktikum im Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Madrid.

1 | Alle Angaben der Wahlergebnisse in diesem Artikel nach Daten des spanischen Innenministeriums, veröffentlicht unter <http://www.generales2008.mir.es/ini99v.htm>. Die Angaben beziehen sich auf 99,9 Prozent der ausgezählten Stimmen.

hängig von ihrer Bevölkerungszahl mindestens zwei Sitze im Congreso. Die auf dem nordafrikanischen Festland liegenden spanischen Exklaven Ceuta und Melilla stellen jeweils einen Abgeordneten. Die übrigen 248 Sitze werden proportional zur Bevölkerungsdichte verteilt. In der Praxis bedeutet dieses Wahlsystem eine relative Bevorteilung der beiden großen Volksparteien PSOE und PP. Auch den Regionalparteien wird es leicht gemacht, aufgrund ihrer Stärke in einzelnen Provinzen relativ einfach parlamentarische Repräsentation erreichen zu können. Benachteiligt werden hingegen landesweit agierende kleinere Parteien. Die Wahlbeteiligung 2008 lag mit 75,32 Prozent überraschend fast genauso hoch wie vor vier Jahren.²

Ergebnis der spanischen Parlamentswahlen 2008 (in Prozent)



Der PSOE wurde von rund 11,06 Millionen Bürgern gewählt, was 43,64 Prozent der Wähler entspricht.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens (PSOE) verpasste trotz ihres Sieges die angestrebte absolute Mehrheit von 176 Sitzen im Congreso um sieben Mandate. Im Vergleich zur vergangenen Legislaturperiode gewann sie fünf Sitze hinzu. Der PSOE wurde von rund 11,06 Millionen Bürgern gewählt, was 43,64 Prozent der Wähler entspricht. Im Vergleich zu 2004 legte der PSOE somit rund einen Prozentpunkt zu. Regional konnten die Sozialisten vor allem im Baskenland und in Katalonien hinzugewinnen, wo die Regionalparteien teils stark verloren.

2 | Unter dem Eindruck der Madrider Terroranschläge vom 11. März 2004 gingen damals 75,66 Prozent der Wahlberechtigten zur Wahl.

Obwohl die konservative Volkspartei (PP) die Wahlen verlor, konnte auch sie ihre Position im Parlament ausbauen. So gelang es ihr, ihren Anteil von vorher 148 Abgeordneten um sechs Sitze auf 154 Mandate zu erhöhen. Der PP erhielt mit ca. 10,17 Millionen Stimmen rund 400000 Stimmen mehr als 2004. Diese Zahl entspricht einer Unterstützung von 40,11 Prozent der Wähler, was einen Zugewinn von rund 2,5 Prozent gegenüber den letzten Wahlen ausmacht. Starke Zunahmen verzeichnete die Volkspartei in einigen Provinzen der seit dem Ende der Franco-Diktatur sozialistisch regierten autonomen Region Andalusien, in der gleichzeitig Regionalwahlen stattfanden, sowie in den PP-Hochburgen Madrid und Valencia.

Der PP erhielt mit ca. 10,17 Millionen Stimmen rund 400000 Stimmen mehr als 2004. Diese Zahl entspricht einer Unterstützung von 40,11 Prozent der Wähler, was einen Zugewinn von rund 2,5 Prozent gegenüber den letzten Wahlen ausmacht.

Mehrheit der Parlamentsmandate erhält:

■ PSOE ■ PP ■ Unentschieden



Quelle: Spanisches Ministerium des Innern (MIR)

Wahlverlierer waren vor allem die links vom PSOE stehenden Parteien Vereinigte Linke (IU) und die katalanischen Linksnationalisten (ERC). Die IU verlor drei ihrer fünf Sitze und besitzt nun keinen Fraktionsstatus mehr im Parlament. Sie kam landesweit auf 3,8 Prozent gegenüber 4,96 Prozent im Jahre 2004. Noch dramatischer fielen die Verluste der ERC aus. Sie verlor fünf ihrer zuvor acht Mandate und kam nur noch auf

1,17 Prozent der Stimmen. Vor vier Jahren hatte die ERC noch 2,54 Prozent erreicht.

Auch die eigentlich christdemokratisch orientierte Baskische Nationalistenpartei (PNV) verlor einen Abgeordneten und kommt im neuen Congreso nur noch auf sechs Mandate. Einzige Ausnahme beim allgemeinen Verlust der Regionalparteien war die CiU. Das katalanische, liberal-christdemokratische Parteienbündnis konnte seine zehn Sitze behaupten und musste nur mäßige Stimmenverluste hinnehmen (von 3,23 Prozent 2004 auf 3,05 Prozent 2008). Bis zuletzt hatte es sogar danach ausgesehen, als ob die CiU einen elften Sitz hinzugewinnen könnte.

Wieder mit einem oder zwei Abgeordneten im Parlament vertreten sind die galicische BNG, die Partei Nafarroa Bai aus Navarra und die Coalición Canaria (CC) von den Kanarischen Inseln. Als Neuling kann man hingegen die ehemalige PSOE-Politikerin Rosa Díez bezeichnen, die mit ihrer Anti-ETA-Partei „Einheit, Fortschritt, Demokratie“ (UPD) einen beachtlichen Erfolg hatte. Sie erhielt mit 300 000 Stimmen einen Sitz im Parlament.³

DER SENADO

Im spanischen Senat konnte der PSOE zwar acht Mandate hinzugewinnen, stellt hinter dem PP mit 101 Senatoren jedoch weiterhin nur die zweitstärkste Kraft. Die Konservativen verloren ein Mandat. Der PNV verlor vier Senatoren und kam nur noch auf zwei Sitze, während die CiU ihre vier Senatoren behält. Die katalanische Koalition aus PSC-ERC-ICV und EuiA ist ebenfalls weiterhin mit zwölf Sitzen im Senat vertreten.

ZUSAMMENFASSUNG

Die Wahlen in Spanien haben den Trend zum Zweiparteiensystem verstärkt. PSOE und PP stellen zusammen 92 Prozent der Abgeordneten. Die extremen Linksparteien und die regio-

3 | Rosa Díez beklagte sich in Interviews mehrfach über das spanische Wahlsystem. Die auf Wahlkreisebene angewandte D'Hondtsche Formel sorgte im Falle ihrer Partei dafür, dass sie trotz 300 000 Stimmen nur ein Mandat (in Madrid) gewann. Die ebenfalls 300 000 Stimmen der baskischen PNV brachten dieser hingegen sechs Mandate.

nen Nationalisten wurden Opfer des polarisierten Wahlkampfes.

DIE ETA WÄHLT MIT EINEM GENICKSCHUSS

Die Wahlen vom 9. März 2008 standen wieder einmal im Schatten eines Terroranschlags. Am Freitag vor dem Wahlsonntag mischte sich die baskische Terrororganisation ETA blutig in den Wahlkampf ein. Vermummte Terroristen richteten einen 42-jährigen ehemaligen Stadtrat des PSOE im baskischen Mondragón (Provinz Guipuzcoa) durch Schüsse in Kopf und Hals vor den Augen seiner Frau und seiner Tochter hin. Das Opfer hatte sich entschieden, auf die ihm von seiner Partei angebotenen Bodyguards zu verzichten.

Mit dem Anschlag wurden die schlimmsten Befürchtungen des spanischen Innenministeriums wahr, das bis zuletzt mit einem ETA-Anschlag gerechnet hatte. Die Tageszeitung *ABC* kommentierte den ETA-Anschlag mitten im Wahlkampf mit der Schlagzeile „Die ETA ‚wählt‘ mit einem Genickschuss“. Nur wenige Minuten nach dem ETA-Anschlag telefonierten die beide Spitzenkandidaten von PSOE und PP miteinander und vereinbarten, mit sofortiger Wirkung jeglichen Wahlkampf einzustellen und die Ergebnisse des Urnengangs am Sonntag abzuwarten. Auch die für den Freitagabend geplanten Abschlusskundgebungen wurden abgesagt. Alle im Parlament vertretenen Parteien erarbeiteten stattdessen eine gemeinsame Erklärung, in der sie den Anschlag aufs Schärfste verurteilten und zur Einheit der Demokraten gegenüber der ETA aufriefen.

Nur wenige Minuten nach dem ETA-Anschlag telefonierten die beide Spitzenkandidaten von PSOE und PP miteinander und vereinbarten, mit sofortiger Wirkung jeglichen Wahlkampf einzustellen.

Dennoch kam die innenpolitische Auseinandersetzung über die Antiterrorpolitik, die während der ganzen Legislaturperiode zwischen PP und PSOE mit großer Schärfe geführt worden war, auch in diesem tragischen Moment nicht zur Ruhe. So unterzeichnete der PP die Erklärung zwar, kritisierte aber gleichzeitig, dass der Text die vom Parlament erteilte Erlaubnis für Verhandlungen mit der ETA nicht zurücknehme. Dies wiederum wurde von der links orientierten Presse mit Entrüstung quittiert. Der PP, so schrieb etwa die Zeitung *El País* in einem Leitartikel auf ihrer Titelseite,⁴ nutze damit das Atten-

4 | Zitate aus *El País* am 8. März.

tat „wie schon 2004“⁵, um „den politischen Gegner zu disqualifizieren und an den Wahlurnen zu profitieren“. Deshalb sei der Tag nach dem Anschlag ein Tag „doppelter Trauer“. Gleichzeitig rief *El País* genauso wie die links von ihr stehende Zeitung *Público* dazu auf, als Antwort auf den Anschlag „massiv“ zur Wahl zu gehen. Wohl wissend, dass die Wahlschancen des PSOE mit jedem Anstieg der Wahlbeteiligung wachsen, kommentierte *El País*, die Beteiligung an den Wahlen sei „mehr als ein Recht“, sondern die „demokratische Waffe der Bürger“, mit der sie sich gegen die Terroristen verteidigen könnten. Auch die Tochter des getöteten ehemaligen PSOE-Kommunalpolitikers rief am Tag nach dem Anschlag dazu auf, dass „jeder wählen gehe“. Ihr Vater sei unter anderem dafür getötet worden, dass er „sozialistische Ideen“ verteidigt habe.

Es war schwer vorauszusagen, ob und wie das ETA-Attentat das Wahlverhalten der Menschen beeinflussen würde. Und auch nach der Wahl verbieten sich eindeutige Aussagen darüber. Jedenfalls hat der Anschlag die sich vorher in den Umfragen abzeichnende Tendenz eines sozialistischen Wahlsiegs wenn überhaupt nur marginal beeinflusst. Allerdings hat er wieder einmal die ständige Bedrohung des demokratischen Spanien durch den ETA-Terror in Erinnerung gerufen. Der Mord ist zwar politisch motiviert, um daran zu erinnern, dass die ETA noch mit voller Kraft beliebig töten kann, doch handelte es sich bei dem Opfer um ein einfaches Ziel, einen Menschen, den zu ermorden der ETA kaum Probleme bereitete. Ein Vergleich zu den Attentaten von vor vier Jahren, als in Madrid Rucksackbomben verschiedene Vorortzüge auseinander rissen und 191 Menschen in den Tod nahmen, ist nicht zu ziehen. Dafür sind Täterschaft und Art der beiden Attentate zu unterschiedlich.

Die ETA selbst hatte vor den Wahlen in einem Kommuniqué zur Wahlenthaltung aufgerufen. Und tatsächlich ging die Wahlbeteiligung dieses Mal im Baskenland im Vergleich zu 2004 deutlich zurück. Wählten vor vier Jahren noch 74,97 Prozent der baskischen Wahlberechtigten, so waren es 2008 mit 64,90 Prozent rund zehn Prozent weniger.⁶

5 | Im Jahr 2004 hatte der damals regierende PP nach den Madrider Terroranschlägen vom 11. März zunächst alle Schuld auf die ETA geschoben, war dafür der Lüge bezichtigt worden und hatte die Wahlen am 14. März dann klar verloren.

6 | In einigen Orten fiel die Beteiligung sogar noch schwächer aus. In Mondragón, dem Ort, in dem die ETA den früheren Gemeinderat

DER WAHLKAMPF: LÄCHELN FÜR DIE ÖFFENTLICHKEIT UND SCHLÄGE UNTER DIE GÜRTELLINIE FÜR DEN POLITISCHEN GEGNER

In Spanien gilt es als selbstverständlich: Der PSOE hat grundsätzlich ein größeres Wählerpotenzial als der PP, während die Konservativen über eine treuere Wählerschaft verfügen. Die Verankerung in traditionellen Milieus ist in Spanien deutlich stärker ausgeprägt als in anderen europäischen Staaten. Die großen Parteien verfügen jeweils über einen festen Wählerstamm von knapp zehn (PP) bzw. neun (PSOE) Millionen Stimmen. Allerdings ist es für den PSOE leichter, zusätzliche Wähler zu gewinnen als für den PP, da es eine große Zahl von „volatilen Linken“ gibt, die zwischen Nichtwahl, dem PSOE oder einer noch weiter links stehenden Partei schwanken.

Die großen Parteien verfügen jeweils über einen festen Wählerstamm von knapp zehn (PP) bzw. neun (PSOE) Millionen Stimmen.

Die größte Sorge des PSOE war es, dass viele ihrer potenziellen Wähler der Wahl fernbleiben könnten. Durch Appell an die Emotionen wollte die Partei die Menschen deshalb zum Urnengang bringen. Dies drückt sich im Hauptwahllogan „Wähle mit all deinen Kräften“ (*Vota con todas tus fuerzas*) aus, der in den letzten beiden Wochen des Wahlkampfes den bisherigen Slogan „Gründe, um zu glauben“ (*Motivos para creer*) weitgehend ersetzte. Bei der Strategie der Mobilisierung durch Emotionen spielte der PSOE ein doppeltes Spiel. Zum einen versuchte man, sich selbst ein Positivimage zu verpassen, um vor diesem Hintergrund den oppositionellen PP in schlimmen Farben darzustellen. Das Positivimage drückte sich zum Beispiel in einer extra geschalteten Wahlhomepage unter dem Titel „Der positive Blick“ (*La mirada positiva*) aus. Auch die Fernsehwerbung sollte positive Emotionen erzeugen. So zeigte der PSOE-Hauptwerbespot einen alten Mann, der aus seinem Leben erzählt und am Ende zum Schluss kommt, Zapatero habe ihm die „Illusion“ zurückgegeben. Deshalb werde er diesmal wählen, als ob es „das erste Mal“ sei.⁷ Zudem setzte der PSOE auf eine Personalisie-

Isaías Carrasco tötete, gingen sogar nur 59 Prozent der Wahlberechtigten an die Urnen. Die Bürgermeisterin der rund 22000 Einwohner zählenden Gemeinde gehört der Partei ANV an, die wegen ETA-Nähe im Vorhinein von der Teilnahme an der spanischen Parlamentswahl ausgeschlossen worden war.

7 | Ein anderer Werbespot zeigte alle möglichen Schlechtwettersszenarien. Dazu erklärt ein Kommentator, viele wünschten, das Wet-

rung des Wahlkampfes und schnitt diesen ganz auf die Person des Spitzenkandidaten Zapatero zu, der als telegener gilt als sein Herausforderer. Nach der erfolgreichen Reduzierung des Kandidatennamens auf die Initialen ZP im Wahlkampf 2004 drückte sich die Zuschneidung auf die Person Zapateros jetzt im Slogan „Mit Z wie Zapatero“ aus. So trat Zapatero etwa regelmäßig vor einem roten Rednerpult in Z-Form auf.⁸

Demgegenüber sollte der PP und sein Spitzenkandidat Mariano Rajoy als Vertreter der „extremen Rechten“ dargestellt werden, wie es ein Leitfaden für die PSOE-Kampagne empfahl.⁹ In dem Dokument wurde den sozialistischen Wahlkämpfern geraten, jeglichen Versuch Mariano Rajoys, mit einem „populistischen Diskurs“ „Nähe“ zum Bürger zu gewinnen, „radikal zu unterbinden“. Ministerpräsident Zapatero stehe für eine „offene, moderne und freie Gesellschaft“, während Rajoy „das Gegenteil“ verkörpere. Der PP sei in den „Radikalismus abgedriftet“. Zudem stelle der PP eine „Bedrohung für die sozialen Rechte der Bürger“ dar.

Die konservative Zeitung *ABC* berichtete von einem weiteren Leitfaden für PSOE-Wahlkämpfer, der empfehle, einzelne PP-Politiker zwecks Wählermobilisierung auch auf persönlicher Ebene anzugreifen. So solle man etwa im Fall des ehemaligen Verteidigungsministers und PP-Spitzenkandidaten für Alicante, Federico Trillo, darauf hinweisen, dass „er Supernumerarier des Opus Dei“ und „Sohn eines Militärs“ sei, der dem Franco-Regime nahe gestanden habe.

Zu den internen PSOE-Anweisungen passt eine Aussage von Ministerpräsident Zapatero, die er im Anschluss an ein Fernsehinterview gemacht hatte. Als er fälschlicherweise dachte, die Mikrofone seien abgeschaltet, sagte er zum Moderator: „Uns tut es

„Uns tut es gut, wenn es im Wahlkampf Spannungen gibt.“

ter wäre schlecht, damit die Menschen zu Hause blieben und der PP gewinne. Der Spot endet jedoch mit der Aussage, für diejenigen, die mit Freude zur Wahl gingen, scheine immer die Sonne.

8 | In einem Vorwahlkampfvideo macht Zapatero das „Z“ zu seinem Markenzeichen. Er spricht die allesamt auf -d endenden spanischen Worte für Modernität, Sicherheit, Demut, Loyalität, Würde und Solidarität in der für ihn charakteristischen Form mit „Z“ am Ende als „modernidaZ, seguridaZ, humildaZ, lealtaZ, dignidaZ, solidaridaZ“ aus und drückt ihnen so seinen Stempel auf.

9 | Dieses Dokument wurde auf der Homepage einer regionalen Gruppe der PP-Jugendorganisation JSE (<http://www.jjsscoslada.org/descargas/14feb08.pdf>) veröffentlicht. Zugriff am 19.3.08.

gut, wenn es im Wahlkampf Spannungen gibt.“ Auch Zapateros Reden während der Kampagne passten zu dieser Strategie des Spannungsaufbaus. Gebetsmühlenartig wiederholte er seine Aufrufe, den PSOE zu wählen, um eine Regierung der „immer extremeren Rechten“ zu verhindern. Gegenüber dem „fremdenfeindlichen, machistischen und homophoben“ PP werde er „nicht schweigen“. Zapatero selbst vertrete hingegen „die Freude des freien Spanien“. Zudem nahm Zapatero immer wieder auf Themen wie den Irak-Krieg und die Terroranschläge vom 11. März 2004 Bezug, nicht zuletzt, um die Wählerinnen und Wähler an die schmerzhaften Tage nach dem Anschlag und das anhaltende Trauma zu erinnern. Wiederholt und äußerst geschickt nutzten der PSOE und sein Spitzenkandidat diesen emotionalen Bezug zur erfolgreichen Mobilisierung ihrer Wähler. Einen weiteren inhaltlichen Schwerpunkt setzte der PSOE auf die Sozial- und Gesellschaftspolitik. Die Botschaft des PSOE war deutlich: Gesellschaftliche Modernisierung und sozialer Fortschritt etwa durch die Einführung der Homosexuellen-Ehe mit Adoptionsrecht und die Pflegegesetzgebung würden im Falle eines PP-Wahlsiegs gefährdet sein.

Der PP bewertete die Bedeutung der Wahlbeteiligung ähnlich wie der PSOE. In einem von vielen als unglücklich empfundenen Interview mit der *Financial Times* erklärte PP-Kommunikationsexperte Gabriel Elorriaga, ein Ziel der PP-Strategie sei es, potenzielle Zapatero-Wähler durch das Säen von Zweifeln am PSOE von der Wahl abzuhalten.¹⁰ Stets wiederholten Mariano Rajoy und seine Mitstreiter den Vorwurf, Zapatero habe im Zusammenhang mit seinen „Verhandlungen“ mit der ETA die Spanier belogen. Zudem habe Zapatero in seiner Legislaturperiode Schaufensterpolitik betrieben und sich um Dinge wie die „Allianz der Zivilisationen“, den Streit mit den Bischöfen oder das „Gesetz der historischen Erinnerung“ gekümmert statt die „realen“ Probleme der Menschen wie etwa die Preissteigerungen und die Arbeitslosigkeit anzugehen. Der Wahlkampf des PP unter dem Slogan „Mit klaren Ideen“ (*Las ideas claras*) sollte suggerieren, dass der PP die Menschen ernst nehme. Mit der Parole „Mit Kopf und Herz“ (*Con cabeza y corazón*) versuchte man in der heißen Phase des Wahlkampfs zudem, Mariano Rajoy vom Image des langweiligen Bürokraten zu befreien. PP-Wahlkampfkoordinator Pío García-Escudero erklärte, die PP-Kampagne werde opti-

10 | *El País* vom 29.2.2008.

Im Gegensatz zum PSOE, von dem man nie genau wisse, was er als nächstes tue, sei der PP eine „ruhige“ und „verlässliche“ Kraft der politischen Mitte, auf die sich die Menschen verlassen könnten.

mistisch und positiv sein und im Gegensatz zu der „Kampagne der Spannung und Dramatisierung“ des PSOE stehen. Im Gegensatz zum PSOE, von dem man nie genau wisse, was er als nächstes tue, sei der PP eine „ruhige“ und „verlässliche“ Kraft der politischen Mitte, auf die sich die Menschen verlassen könnten, so die Botschaft. Auch der PP setzte in seinem Wahlkampf somit überraschenderweise auf seinen Spitzenkandidaten, der diese Rolle für viele auch besser ausfüllte als erwartet. So konnte Rajoy beispielsweise auf außenpolitischer Bühne durch gemeinsame Auftritte mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy glänzen.

Die Botschaft der „ruhigen Kraft“ sollte durch einen Farbwechsel in den Kampagnenmaterialien unterstrichen werden. Während man bisher auf orange gesetzt hatte, kehrte man für den Wahlkampf 2008 zum traditionellen Blau zurück und unterschied sich so im Straßenbild sehr deutlich vom Rot der verschiedenen Linksparteien.

Inhaltlich setzte der PP zunächst ganz auf das Thema Wirtschaft. Es gelang der Partei jedoch nicht zu zeigen, dass die im europäischen Vergleich immer noch überdurchschnittlich wachsende spanische Volkswirtschaft auf eine ernsthafte Krise zusteure, trotz steigender Inflation und Arbeitslosigkeit. Deshalb besann sich der PP anschließend vor allem auf die beiden Themen Antiterrorpolitik und Immigration. Die Forderung Mariano Rajoys, Immigranten sollten einen „Integrationsvertrag“ unterzeichnen, rief beim politischen Gegner den Vorwurf der Fremdenfeindlichkeit hervor, was die Polarisierung zwischen PP und PSOE weiter verstärkte.

Der PP-Wahlkampf hatte grundsätzlich zwei Probleme: Zum einen gelang es nicht, die eigene Partei im Wahlkampf gänzlich vom Image der eisenharten Opposition zu befreien, das ihr in den letzten vier Jahren angehaftet hatte, und zum anderen durchbrach die Partei das selbst verordnete *positive campaigning* immer wieder und holte bei Wahlkampfveranstaltungen in altbekannter Manier zum Rundumschlag gegen die „Lügen“ Zapateros aus. Dies lieferte dem Ministerpräsidenten dann weitere Munition für seine Attacken gegen die angeblich extremen Rechten des PP.

Die Zuspitzung des personalisierten Wahlkampfes kam in zwei Fernsehduellen zum Tragen, zu welchen die Spitzenkandidaten erstmals seit 1993 gegeneinander antraten.¹¹ Die Berichterstattung über die Debatten bestimmte dabei in einer Art und Weise die Medien, die die sonstigen Wahlkampfelemente in den Hintergrund treten ließen. Beide Duelle wurden rhetorisch mit großer Schärfe geführt, ohne dass inhaltlich wirklich Neues zu Tage trat. Auffallend war, dass besonders Zapatero seinen Diskussionspartner in wenig staatsmännischer Form häufig unterbrach. Die minutiös durchgeplanten Duelle gliederten sich dabei in die Themenblöcke „Wirtschaft“, „Soziales“, „Außen- und Sicherheitspolitik“, „Autonomiepolitik“ und „Herausforderungen für die Zukunft“. Die erste Debatte nutzte ein erstaunlich aggressiver Mariano Rajoy zu einer Generalabrechnung mit dem Regierungschef und drängte diesen unerwartet in die Defensive. Auch wenn Rajoy selbst kaum einen Vorschlag machte, wurde sein dynamischer Auftritt von Kommentatoren als überraschend positiv gegenüber einem schwachen und wenig vorbereiteten Ministerpräsidenten bewertet. Im zweiten Duell drehte Zapatero den Spieß jedoch um. Während Rajoy in seiner Negativrhetorik befangen blieb und mitunter Satzteile aus dem ersten TV-Duell wörtlich wiederholte, machte Zapatero Vorschläge, lächelte viel mehr als im ersten TV-Duell und erschien deutlich kampfeslustiger und rhetorisch versierter. Vielleicht wichtigstes Ergebnis der Fernsehduelle war die Tatsache, dass sie überhaupt stattgefunden haben. Nach dem überwältigenden öffentlichen Interesse¹² erscheint es als wahrscheinlich, dass Spanien auch in den nächsten Wahlkämpfen TV-Duelle erleben wird.

Der spanische Wahlkampf charakterisierte sich auch durch eine zunehmende Amerikanisierung. Nicht nur die Personalisierung deutet darauf hin. Auch der zunehmende Einfluss moderner Kommunikationstechnik ließ sich wie nie zuvor in einem spanischen Wahlkampf beobachten. So unter-

Auch der zunehmende Einfluss moderner Kommunikationstechnik ließ sich wie nie zuvor in einem spanischen Wahlkampf beobachten.

11 | In einem Fernsehduell zur Wirtschaftspolitik trafen zudem Wirtschafts- und Finanzminister Pedro Solbes sowie PP-Schattenwirtschaftsminister Manuel Pizarro bereits vor dem ersten TV-Duell der Spitzenkandidaten aufeinander. Rund fünf Millionen Menschen verfolgten es über Fernsehen und Radio.

12 | Das erste TV-Duell am 25. Februar verfolgte mit zwölf Millionen Zuschauern rund ein Drittel aller Wahlberechtigten. Beim zweiten TV-Duell am 3. März lag die Zuschauerzahl um eine Million niedriger.

hielten die beiden großen Volksparteien jeweils einen YouTube-Channel, über den sich der Internetnutzer Wahlwerbepots und Redeauszüge der Kandidaten anschauen konnte. Die Spitzenkandidaten ließen sich auf Internet-Kontaktseiten wie „Facebook“ oder „Flickr“ zudem ein eigenes Profil erstellen.

Auch abseits der offiziellen Auftritte der Parteien spielte das Internet eine große Rolle. Dem PP oder dem PSOE nahe stehende Initiativen stellten eigene, teilweise professionell hergestellte Videos ins Netz, mit Hilfe derer sie teilweise mit, teilweise ohne Absegnung der Parteien Wahlkampf betrieben. So bildete sich etwa eine Künstlerplattform zur Unterstützung Zapateros (PAZ)¹³ oder eine katholisch motivierte Protestplattform gegen insbesondere die Gesellschaftspolitik der Regierung unter dem Motto „Ich breche mit Zapatero“ („*Yo rompo con Zapatero*“). Zudem verkaufte eine dem PP nahe stehende Initiative Merchandising-Produkte unter dem Slogan „AdioZ“¹⁴ in Anspielung auf die „Z“-Kampagne des Ministerpräsidenten.

Die Wahlkampfveranstaltungen der Parteien muteten ebenfalls sehr amerikanisch an. Sie wurden häufig in Sportstadien oder Stierkampfarenen vor bis zu 30000 Zuschauern abgehalten. Konfetti, Fahnen und Musik bildeten den ganz auf das Fernsehen ausgerichteten Rahmen für derartige Veranstaltungen. Am Ende des Wahlkampfes griffen die Parteien dabei auch auf ihre ehemaligen Ministerpräsidenten Felipe Gonzá-

lez und (in allerdings deutlich geringerem Ausmaß) auf José María Aznar zurück.¹⁵ Insgesamt neigten die Wahlkampfstrategen zu Massenveranstaltungen mit möglichst großer Medienwirksamkeit und weniger zum Straßenwahlkampf mit direktem Wählerkontakt. Da der Wahlkampf gemäß den Wahlgesetzen nur vierzehn

Insgesamt neigten die Wahlkampfstrategen zu Massenveranstaltungen mit möglichst großer Medienwirksamkeit und weniger zum Straßenwahlkampf mit direktem Wählerkontakt.

13 | Das spanische Wort *Paz* bedeutet Frieden.

14 | Das Wort „AdioZ“ ist eine Abwandlung des spanischen Wortes „Adios“, das „Auf Wiedersehen“ heißt.

15 | Felipe González wirbelte dabei viel Staub auf, als er erklärte, die Aussage des PP-Spitzenkandidaten Rajoy, „gemäßigter und vernünftiger“ zu sein als Zapatero, könnten nur einem Blöden (*imbecil*) einfallen. Der PP reagierte wütend und warf dem ehemaligen Ministerpräsidenten vor, einen potenziellen Nachfolger zu beleidigen. PP-Generalsekretär Ángel Acebes erklärte, Zapatero schicke González vor, um die „Schmutzarbeit“ zu verrichten.

Tage dauern darf, entschieden sich die Wahlstrategen gegen eine unmittelbare Ansprache der Wählerinnen und Wähler, da der Straßenwahlkampf die Parteien organisatorisch und personell überstrapaziert. Hauptziel der Parteien im Wahlkampf war es, die eigenen Wähler zu mobilisieren, und nicht, sie zu überzeugen. Daher setzten die Parteien auf spektakuläre Großveranstaltungen mit großer Medienwirksamkeit zur Erreichung ihrer eigenen Wähler.

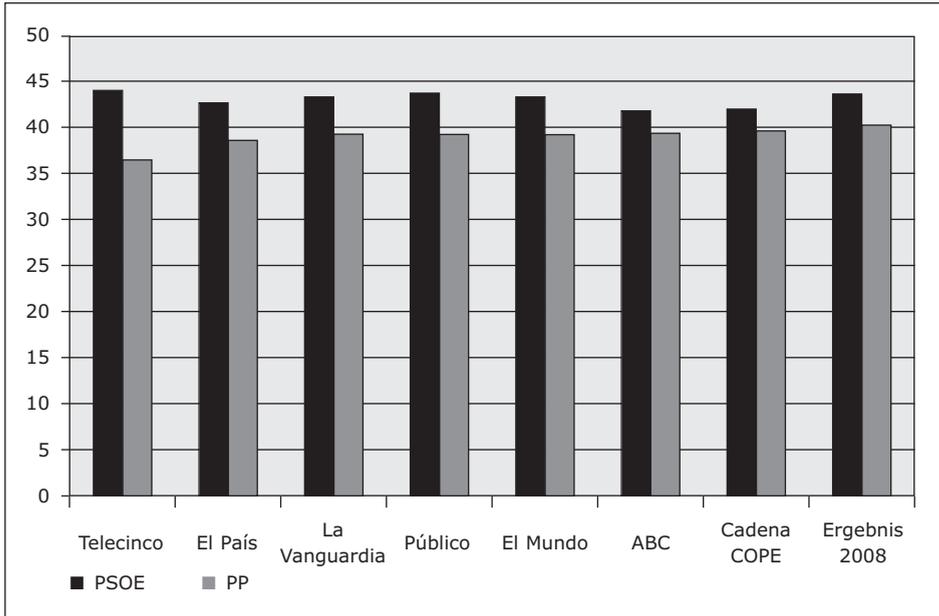
Insgesamt spielten im spanischen Wahlkampf die Medien eine äußerst wichtige Rolle. Diese sind oft weniger Wahlkampfberichterstatter als vielmehr selbst Wahlkämpfer. Alle nationalen Zeitungen, fast alle Fernsehsender sowie viele Radiosender verfügen über eine klare politische Ausrichtung und filtern ihre Nachrichten in entsprechender Form. Dies verfestigt die Milieubindung in der spanischen Gesellschaft und fördert zwei diametral entgegengesetzte Einstellungen zur nationalen politischen Situation.

Anlässlich des erwarteten knappen Wahlausgangs kam auch den Stimmen der Auslandsspanier eine besondere Rolle zu. Laut offiziellen Angaben leben außerhalb der Landesgrenzen 1205132 Wahlberechtigte. Über 260000 davon sind allein in Argentinien ansässig. Sowohl der PP als auch besonders der PSOE plakatierten deshalb wie „noch nie zuvor“ (*El País*) auch in dem südamerikanischen Land.

In den Wochen und Monaten vor den Wahlen herrschte in Spanien ein regelrechter Umfragekrieg. Besonders während der letzten Wochen vor dem Urnengang wurden fast täglich neue Erhebungen mit mehr oder weniger hoher Glaubwürdigkeit veröffentlicht. Je nach politischer Einstellung des veröffentlichenden Mediums konnten sich die Umfrageergebnisse beträchtlich widersprechen. Dabei war jedoch auffällig, dass viele Erhebungen den PP zwar teilweise nur sehr knapp (bis zu lediglich 1,5 Prozent) hinter den Sozialisten sahen, die Konservativen den PSOE jedoch in keiner einzigen Umfrage überholen konnten. Des Weiteren fiel auf, dass die letzten Umfragen der verschiedenen Medien vor den Wahlen sich zum einen alle sehr ähnlich waren und zum anderen auch dem Wahlergebnis recht nahe kamen, wenn auch allgemein sowohl für den PSOE als auch für den PP etwas weniger Stimmen vorausgesagt wurden. Obwohl das spanische Gesetz für die letzten fünf Tage vor der Wahl die Veröffentlichung jeglicher Umfragen streng untersagt, fanden die Medien einen

Weg, dieses Verbot zu umgehen. So führten spanische Meinungsforschungsinstitute im Auftrag der britischen *Times* oder der Zeitung *El Periódico* aus Andorra Umfragen durch. Nach Veröffentlichung der Ergebnisse im Ausland berichteten auch die spanischen Medien dann über diese.

Schlussumfragen verschiedener Medien (in Prozent)



EINE LEGISLATURPERIODE IM ZEICHEN DER *CRISPACIÓN*

Vier Jahre permanenten Wahlkampfes sind am 9. März 2008 zu Ende gegangen. Er begann mit einer Tragödie am 11. März 2004, als islamistische Terroristen Rucksackbomben zündeten und 191 Menschen in den Tod rissen, und endete am 7. März 2008 durch den ETA-Mord erneut mit einer Tragödie. Die vergangenen vier Jahre führten zu einer politischen Spaltung und Polarisierung (*crispación*) Spaniens, wie sie seit dem Übergang des Landes von der Franco-Diktatur zur Demokratie, der *transición*, nicht zu spüren gewesen war.

In seinem 2007 erschienenen Buch *Entre una España y la otra – Del 11-M al atentado de Barajas* (Zwischen dem einen Spanien und dem anderen)¹⁶ beschreibt der katalanische Christdemokrat Josep Antoni Duran i Lleida das aktuelle

Zweiparteiensystem auch als Fortsetzung der historischen „zwei Spanien“, die sich nicht nur im spanischen Bürgerkrieg zwischen 1936 und 1939 bis aufs Blut bekämpft hatten. Das „eine Spanien“, so Duran i Lleida, repräsentiere demnach die nationalistische, konservative, katholische, aristokratische, monarchistische und auch faschistoide Tradition. Das „andere Spanien“ sei durch Sozialismus bis hin zum Anarchismus, Antiklerikalismus, „progressive“ Positionen, den Kampf gegen Privilegien und den Einsatz für das republikanische Gleichheitsideal gekennzeichnet. Aufgrund der Abgeschlossenheit und ideologischen Ausschließlichkeit beider Seiten erscheine es mitunter, als befänden sie sich in zwei verschiedenen Welten. Das „Spanien des PP“ und das „Spanien des PSOE“ lebten dabei in der „ständigen Absicht, das jeweils andere zu zerstören“. Statt Kompromissen gelte die Regel „Alles oder nichts“.

Fortsetzung der historischen „zwei Spanien“, die sich nicht nur im spanischen Bürgerkrieg zwischen 1936 und 1939 bis aufs Blut bekämpft hatten.

Ministerpräsident Zapatero tat kurz nach seinem Amtsantritt alles dafür, nicht als Einiger, sondern als Spalter wahrgenommen zu werden. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern Adolfo Suárez (UCD), Felipe González (PSOE) und José María Aznar (PP), die stets betont hatten, die Ministerpräsidenten „aller Spanier“ sein zu wollen, ließ sich Zapatero von der Zeitschrift *Maria Claire* mit den Worten zitieren, er sei ein „Roter“ (*rojo*).¹⁷ Damit bezog er sich in eindeutiger Weise auf den Spanischen Bürgerkrieg, dessen sich bekämpfende Parteien volkstümlich „Rote“ (Republikaner) und „Blaue“ (Frankisten) genannt wurden. Öffentlich erinnerte Zapatero auch immer wieder daran, dass sein Großvater im Bürgerkrieg von den Frankisten ermordet wurde.

Unter dem Eindruck der Terroranschläge vom 11. März 2004 und vor allem aus Protest gegen die dilettantische Behandlung derselben durch die PP-Regierung unter José María Aznar gewählt, verstand Zapatero seine Regierung von Anfang an als Wählermandat zur Umkehrung der Aznarschen Politik ins ideologische Gegenteil. Hauptstreitpunkt der vier Zapatero-Jahre war dabei die Antiterrorpolitik. Bei seinem Amtsantritt als Ministerpräsident definierte Zapatero das Ende des baskischen Konfliktes als eines der großen Ziele seiner Re-

16 | Duran i Lleida, Josep Antoni (2007): *Entre una España y la otra – Del 11-M al atentado de Barajas*, Madrid.

17 | ABC vom 19.10.2005.

Anstatt die kompromisslose Antiterrorpolitik der Vorgängerregierung fortzusetzen, initiierte Zapatero einen „Friedensprozess“.

gierung. Anstatt die kompromisslose Antiterrorpolitik der Vorgängerregierung fortzusetzen, initiierte Zapatero einen „Friedensprozess“, in dessen Rahmen erneut Verhandlungen mit der

ETA stattfanden. Diese wurden von der oppositionellen Volkspartei scharf kritisiert. Sie könnten nicht zu Lösungen führen, sondern stärkten im Gegenteil die ETA in der Annahme, ein gleichberechtigter Partner der spanischen Regierung zu sein. Auch im Umgang mit den politisch der ETA nahe stehenden Parteien entstand bei der Volkspartei oft der Eindruck, dass Triebfeder des staatlichen Handelns nicht die Ausschöpfung aller Mittel des Rechtsstaates, sondern partei- und machtpolitisches Kalkül waren. Das Scheitern von Zapateros „Friedensprozess“ wurde besonders durch das während des angeblichen ETA-Waffenstillstandes ausgeübte tödliche Attentat auf den Madrider Flughafen Barajas am 30. Dezember 2006 deutlich. Am 5. Juni 2007 ließ die ETA dann über die baskischen Zeitungen *Berrria* und *Gara* erklären, den Kampf für einen unabhängigen kommunistischen Baskenstaat Euskal Herria am 6. Juni um 0.00 Uhr wieder „an allen Fronten“ mit Gewalt aufnehmen zu wollen. Gleichzeitig rief sie das Volk zur Mobilmachung gegen „diese falsche und verdorbene Demokratie“ auf.

Ministerpräsident Zapatero räumte mehrfach „Fehler“ im Friedensprozess ein, bestand jedoch stets darauf, dass sein „Friedensprozess“ einen Versuch wert gewesen sei. Die harte Gegnerschaft des PP sei der eigentliche Skandal, da die Opposition in einem so wichtigen Thema wie dem Antiterrorkampf hinter der Regierung stehen müsse und den Terror nicht für parteipolitischen Zank missbrauchen dürfe.

Ein weiteres Politikfeld, in dem Zapatero die spanische Gesellschaft spaltete, war die Territorialpolitik. Der Ministerpräsident ließ seine katalanischen Parteifreunde, die dort zusammen mit der separatistisch-linksnationalistischen Partei ERC regieren, ein neues „Autonomiestatut“ (vergleichbar mit einer Landesverfassung) verabschieden, welches den Katalanen nicht nur mehr Kompetenzen zusprach, sondern sie ebenso als eigene „Nation“ definiert. Im Baskenland wurde

die Politik des Dialogs mit den gemäßigten Nationalisten versucht. Vielfach sicherte sich Zapatero die Zustimmung regional-nationalistischer Parteien durch Zugeständnisse. Seine Kritiker warfen ihm vor, die territoriale Einheit

Vielfach sicherte sich Zapatero die Zustimmung regional-nationalistischer Parteien durch Zugeständnisse.

Spaniens zu gefährden und einen unheilvollen Dominoeffekt angestoßen zu haben, der irgendwann nicht mehr zu kontrollieren sei. Als Beweis führten die Kritiker das vom baskischen Regionalpräsidenten (*lehendakari*) Juan José Ibarretxe (PNV) einseitig für den 25. Oktober 2008 angekündigte Referendum über eine „Selbstbestimmung“ des Baskenlandes an, das Zapatero umgehend als verfassungswidrig zurückwies.

Besonders deutlich wurde die Absicht Zapateros, die Politik Aznars ins ideologische Gegenteil umzukehren, in der Außenpolitik. Der Annäherung an die USA und der gegen die Meinung der großen Mehrheit der Spanier erfolgten Beteiligung am Irakkrieg sollte nun ein „moralischer“ Ansatz folgen, wie es der neue Außenminister Miguel Ángel Moratinos formulierte.¹⁸ Erste Amtshandlung Zapateros war der Rückzug der spanischen Truppen aus dem multilateralen Einsatz im Irak, was eine schwere Krise in den Beziehungen zu Washington auslöste. Die Folge: Während der vergangenen vier Jahre wurde Zapatero kein einziges Mal ins „Oval Office“ eingeladen. Weiter verschlechtert wurden die Beziehungen zwischen Madrid und Washington durch Zapateros Kehrtwende in der Lateinamerikapolitik. So näherte sich Spanien demonstrativ an Linksregierungen in Lateinamerika einschließlich denen Venezuelas und Kubas an. Im Fall der Castro-Diktatur nahm man beispielsweise ohne Abstimmung im europäischen Rahmen die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit dem Inselstaat wieder auf und institutionalisierte einen bilateralen Dialog über Menschenrechte.¹⁹ Gegenüber der islamischen Welt war das gemeinsam mit dem türkischen Premierminister Recep Tayyip Erdogan ins Leben gerufene Prestigeprojekt Zapateros die „Allianz der Zivilisationen“. Ziel ist es, die kulturellen und religiösen Unterschiede zwischen Orient und Okzident zu überbrücken. Kriti-

Weiter verschlechtert wurden die Beziehungen zwischen Madrid und Washington durch Zapateros Kehrtwende in der Lateinamerikapolitik.

18 | Eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem außenpolitischen Paradigmenwechsel Zapateros gegenüber Aznar findet sich am Beispiel der spanischen Lateinamerikapolitik bei Michael Däumer / Sebastian Grundberger / Joscha Schmitz (2007), „Zwischen nationalem Interesse und Ideologie – Spaniens Lateinamerikapolitik von Aznar bis Zapatero“, in: *KAS-Auslandsinformationen* 11/07, S. 50–74.

19 | Besonders kritisiert wurde dabei ein gemeinsamer Auftritt des spanischen Außenministers Moratinos mit seinem kubanischen Amtskollegen Felipe Pérez Roque, als dieser behauptete, es gebe auf Kuba keine politischen Gefangenen und der spanische Außenminister ihm nichts erwiderte.

siert wurde neben den Kosten der Initiative besonders der Umstand, dass auch Länder wie der Iran zur informellen Gruppe der „Freunde der Allianz“ gehören, sowie die mangelnde Klarheit im Konzept der Initiative.²⁰ In der Europapolitik schließlich setzte die Zapatero-Regierung auf ein stärkeres Entgegenkommen gegenüber den europäischen Partnern statt eines entschlossenen Beharrens auf den nationalen Interessen, wie dies noch unter Aznar der Fall gewesen war. Allerdings stieß Zapatero in der EU nicht nur wegen seiner Alleingänge in der Lateinamerikapolitik auf Gegenwind. Auch seine ungewöhnlich offene Einmischung in die Wahlkämpfe Gerhard Schröders oder Segolène Royals wurde kritisiert.

Die Wirtschaftspolitik war das einzige Politikfeld, in der Zapatero keine großen Brüche zur Vorgängerregierung erkennen

ließ. Er folgte wirtschaftspolitisch überwiegend dem Kurs Aznars, welcher seit 1996 durch weitgehende Haushaltsdisziplin geprägt war und auch unter Zapatero in Haushaltsüberschüsse mündete. So konnte der Schuldenabbau vorangetrieben werden. Eine bedeutende

Zapatero folgte wirtschaftspolitisch überwiegend dem Kurs Aznars, welcher seit 1996 durch weitgehende Haushaltsdisziplin geprägt war und auch unter Zapatero in Haushaltsüberschüsse mündete.

Rolle spielte dabei das Festhalten an der von

der Aznar-Regierung eingebrachten Ley General de Estabilidad Presupuestaria (Allgemeines Gesetz zur Haushaltsstabilität), welche die Vorgaben des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes aufnahm und das Ziel gesunder Finanzen in ein nationales Gesetz integrierte. Garant für diese finanzpolitische Kontinuität war Wirtschafts- und Finanzminister Pedro Solbes, den sogar die konservative Aznar-Regierung wegen seines ausgezeichneten Rufs seinerzeit als EU-Kommissar für Wirtschafts- und Währungsangelegenheiten installiert hatte. Nach einer langen Phase des Wirtschaftswachstums sah sich die Regierung gegen Ende der Legislaturperiode Turbulenzen gegenüber. So stiegen besonders die Inflation²¹ und

20 | Im Januar 2008 fand das erste Forum der „Allianz der Zivilisationen“ in Madrid statt. Auf dem Messegelände Campo de las Naciones trafen sich dabei 350 Repräsentanten aus Politik, Medien, Kirchen, Wirtschaft und Jugendverbänden. Trotz mancher klangvoller Namen wie desjenigen des UN-Generalsekretärs Ban-Ki-Moon blieb die Präsenz hochrangiger Vertreter jedoch weit hinter den Erwartungen zurück. So blieben Deutschland, Frankreich und die USA dem Treffen fern. Die konservativ-liberale Internetzeitung *Libertad Digital* spottete dann auch, der Ministerpräsident habe seine Initiative vor „Pfadfindern und Maoris“ vorgestellt.

21 | Mit 4,4 Prozent Inflationsrate wurde Ende 2007 der höchste Wert seit 1995 registriert.

die Arbeitslosigkeit stark an. Zudem befindet sich der Wohnungs- und Bausektor besonders seit Herbst 2007 in einer schweren Misere, welche durch die Unruhen auf den internationalen Finanzmärkten noch verstärkt wird.²²

Die Opposition warf der Regierung immer wieder wirtschaftspolitische Tatenlosigkeit vor. Durch weitere marktwirtschaftliche Reformen hätte man die derzeitige prekäre Lage abmildern können.²³ Ein weiteres kontroverses Wirtschaftsthema war der Übernahmestreit um den ehemaligen Staatskonzern Endesa. Die Regierung verhinderte durch verschiedene interventionistische Maßnahmen schließlich erfolgreich die Übernahme des Energieriesen durch das deutsche Unternehmen E.On.

Neben der Antiterrorpolitik sorgte die Sozial- und Gesellschaftspolitik Zapateros für den meisten Diskussionsstoff. So machte sich Zapatero gegen den erbitterten Widerstand der katholischen Kirche Spaniens daran, das zu verwirklichen, was er zur Schaffung eines der „fortschrittlichsten Länder der Welt“ für notwendig erachtete. Das Vorzeigeprojekt des PSOE war dabei die Einführung der Homosexuellen-Ehe einschließlich des Rechts auf die Adoption von Kindern. Zudem brachte die Regierung eine „Express-Scheidung“ auf den Weg, mittels derer Ehepaare im gegenseitigen Einverständnis innerhalb von drei Monaten für 500 Euro geschieden werden können. Als viertes Land der Europäischen Union und neuntes Land weltweit erlaubte Spanien kurz vor der Sommerpause 2007 das Klonen menschlicher Embryonen zu Forschungszwecken. Nur drei Wochen später setzte Zapatero mit Bernat Soria einen embryonalen Stammzellforscher als Gesundheits-

22 | Die Erfahrung vergangener Jahre zeigte, dass Spanien in Zeiten guter Weltkonjunktur überdurchschnittlich wuchs, bei Einbrechen des Konjunkturzyklus aber auch besonders hart getroffen wurde. So bestätigte auch die Europäische Kommission in Brüssel, dass Spanien zu den Ländern gehöre, die durch den Bauboom der letzten Jahre und ihr gewachsenes Außenhandelsdefizit (momentan bei ca. zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts) einem besonders großen Risiko ausgesetzt sind.

23 | Das vom PSOE oft vorgebrachte Argument, im Vergleich etwa zu Deutschland wachse die spanische Volkswirtschaft in schnellem Tempo, akzeptierte der PP nicht. Denn ausgehend von einem geringeren Niveau des Volkseinkommens sind Wachstumszahlen aufholender Länder in Prozent gemessen immer höher als die der weiter entwickelten. Auf diesen *catch up* genannten Effekt, berief sich die Opposition, wenn sie behauptete, Spanien hätte durchaus ein höheres Wirtschaftswachstum erzielen können.

minister ein, dessen wissenschaftliche Erfolge mehrfach in renommierten Fachzeitschriften wie *Science* in Frage gestellt worden waren. Auch die in Deutschland verbotene Präimplantationsdiagnostik ist in Spanien auf Initiative Zapateros seit 2005 legal.

Einführung eines obligatorischen staatlichen Werteunterrichts für die Kinder

In der Bildungspolitik musste sich Zapatero den Vorwurf gefallen lassen, durch die Marginalisierung des Religionsunterrichts und die Einführung eines obligatorischen staatlichen Werteunterrichts die Kinder schon früh mit dem „Katechismus des guten Sozialisten“ (Mariano Rajoy) ideologisch indoktrinieren zu wollen. Die Kirche sowie zahlreiche liberale und konservative Bürgerinitiativen machten gegen die Pläne der Regierung mobil. Die moralische Erziehung sei allein Aufgabe der Eltern und die Einmischung des Staates trage totalitäre Züge. Die Regierung sieht sich deshalb einer großen Zahl von Verweigerungen aus Gewissensgründen ausgesetzt.²⁴ Eine weitere hoch umstrittene sozialpolitische Maßnahme war die auch im europäischen Ausland heftig kritisierte einseitige Massenlegalisierung von rund 700 000 illegalen Einwanderern. Aufgrund solcher Streitthemen relativ unbemerk, erhöhte Zapatero auch die Mindestrenten und brachte ein Gesetz zur Pflegeversicherung auf den Weg.

Die vergangene Legislaturperiode in der Opposition war für die konservative Volkspartei und ihren Vorsitzenden Mariano Rajoy eine Zeit mit vielen Tiefpunkten und wenigen Erfolgen. Die schwere Niederlage am 14. März 2004 wurde ihr selbst zugeschrieben. Sie habe im Umgang mit den verheerenden Madrider Attentaten, denen 191 Menschen zum Opfer gefallen waren, drei Tage vor der Wahl „vertuscht“ und „gelogen“. Die Regierung von José María Aznar habe durch ihre Irakpolitik den islamistischen Terrorismus nach Spanien gebracht. In beinahe jeder Parlamentssitzung und in jedem direktem Schlagabtausch zwischen Ministerpräsident und Oppositionsführer fiel das Wort *mentira* (Lüge), um an die „Unglaubwürdigkeit“ der Volkspartei zu erinnern. Der konservative PP kämpfte vier Jahre gegen eine Mauer, die kaum zu durchbrechen war. Aber auch innerparteilich blieb die Frage über Schuld

Der konservative PP kämpfte vier Jahre gegen eine Mauer, die kaum zu durchbrechen war.

24 | Die zu einem Boykott des Schulfaches aufrufenden Bürgerinitiativen registrierten eigenen Angaben zu Folge im März 2007 rund 28 500 Einsprüche aus Gewissensgründen (www.libertaddigital.es, 22.4.08). Die Regierung bestätigt derartige Zahlen nicht.

und Unschuld unklar. Auch von der juristischen Aufarbeitung des 11. März 2004 („11-M“), dem Tag der Attentate, konnte der PP keinen Profit ziehen. Die Botschaft, die die Volkspartei an das Wahlvolk aussandte, war in den letzten Jahren deutlich negativ. Dass sie sich in den Umfragen dennoch mehr oder weniger halten konnte, ist der *crispación* zu verdanken. Denn dadurch wurden die hart gesottenen Anhänger des PP mobilisiert, die zwar mit ihrer eigenen Partei unzufrieden waren, aber sich dagegen stemmten, dass dem PP stets der schwarze Peter zugeschoben wurde. Aus ihrer Sicht konnte sich Regierungschef Zapatero alles erlauben, ohne zur Rechenschaft gezogen zu werden. Dieser regierte somit ohne nennenswerte Opposition, die sich stets mit sich selbst befasste, und dank der Schwäche des PP.

AUSBLICK: SPANIEN VOR VIER WEITEREN „ROTEN JAHREN“?

Analysten und Beobachter mit unterschiedlichem politischem Hintergrund sind sich darüber einig, dass sich Spanien eine derart polarisierte Legislaturperiode wie die vergangene nicht noch einmal leisten können. Aus diesem Grund scheint es die vorrangige und unmittelbare Herausforderung für die zweite Zapatero-Regierung zu sein, die von ihr wesentlich mit betriebene gesellschaftlich Spaltung nicht weiter zu vertiefen und Brücken über den entstandenen Graben zu bauen. Ob die „neue Etappe ohne Polarisierung“, die der Ministerpräsident am Wahlabend seinen jubelnden Anhängern versprach, gelingen kann, hängt dabei maßgeblich davon ab, ob die Regierung über ihren Schatten springen und Einigungen mit dem politischen Gegner erreichen kann.

Aller versöhnlichen Worte zum Trotz hat der Regierungschef fast alle Minister im Amt bestätigt und damit das politische Signal der ideologischen Kontinuität ausgesandt. Insbesondere die Hauptzielscheiben der Kritik der Opposition, wie Justizminister Mariano Fernández Bermejo, Innenminister Alfredo Pérez Rubalcaba, Bildungsministerin Mercedes Cabrera oder Außenminister Miguel Ángel Moratinos, verbleiben in ihren Ämtern. Zudem ernannte er mit der 37-jährigen Carme Chacón eine Frau zur Verteidigungsministerin, die sich in der Vergangenheit nicht nur selbst als „Ökopazifistin“ bezeichnete, sondern in ihrer noch jungen politischen Karriere bisher noch nie mit außen- oder verteidigungspolitischen Themen befasst war und sich hauptsächlich mit Autonomiefragen und

Kulturpolitik beschäftigte. Kritiker warfen Zapatero vor, es gehe ihm bei dieser Ernennung weniger um die fachliche Eignung der Ministerin als vielmehr um die Symbolik, erstmals eine Frau der „Männerdomäne“ Militär voranzustellen.

Kommentare nach der Vorstellung des neuen Kabinetts stellten fest, Zapatero habe mit der Ernennung des „neuen“ Kabinetts seine erste Chance, politische Mäßigung und Dialogbereitschaft zu beweisen, verpasst. Allerdings stecke hinter der Beibehaltung vieler unbeliebter Minister dabei durchaus politisches Kalkül. So kämen auf Spanien nicht zuletzt aufgrund der Wirtschaftskrise schwere Zeiten zu.

Die zu erwartende Unzufriedenheit im Volk werde sich jedoch mehr auf die unbeliebten Minister als auf den Regierungschef selbst richten und diesem die Möglichkeit geben, relativ unbeschadet aus der Krise zu entkommen.

Die zu erwartende Unzufriedenheit im Volk werde sich jedoch mehr auf die unbeliebten Minister als auf den Regierungschef selbst richten und diesem die Möglichkeit geben, relativ unbeschadet aus der Krise zu entkommen. Bei Bedarf könne Zapatero die Minister jederzeit auswechseln und seiner Regierung so einen

neuen und dynamischen Anstrich geben.

Hinsichtlich der künftigen Regierungsstrategie stellt sich die Frage, ob Zapatero, dem nach dem Wahlergebnis sieben Parlamentsstimmen zum Erreichen der absoluten Mehrheit fehlen, letztlich auf ein festes Bündnis setzen wird oder sich wie in der abgelaufenen Legislaturperiode für jedes Gesetz eine andere Mehrheit suchen und dabei die Kleinparteien gegeneinander ausspielen wird. Die ersten Abstimmungen im neuen Parlament deuten in diese zweite Richtung. So wurde Zapatero als erster gewählter Ministerpräsident der spanischen Demokratie überhaupt vom Parlament nicht im ersten Wahlgang bestätigt. Es gelang ihm nicht, die erforderliche absolute Stimmenmehrheit zu erreichen. Im zweiten Wahlgang genügte Zapatero die einfache Mehrheit seiner sozialistischen Abgeordneten zur Wahl.

Ein festes Bündnis, beispielsweise mit der katalanischen liberal-christdemokratischen CiU und eine Abwendung von den links vom PSOE stehenden Parteien ERC und IU, gäbe Zapatero die Chance, ein stärker zentristisches Image aufzubauen. Insbesondere wäre dies der Fall, wenn sich der Ministerpräsident auf eine – in der politischen Praxis Spaniens bisher unübliche – formelle Koalitionsregierung mit der CiU einlassen würde und dem Christdemokraten Josep Antoni Duran i Lleida das Amt des Außenministers überließe. Ein festes

Bündnis mit einer Regionalpartei hätte für Zapatero aber auch einen Nachteil. Er wäre besonders bei einem Pakt mit dem baskischen PNV gezwungen, weitere Kompetenzen des Madrider Zentralstaates scheinbarweise an die Regionen abzugeben. Dies kann durchaus schwerwiegende Folgen haben, da besonders Teile des PNV offen mit einer möglichen Unabhängigkeit ihrer Landesteile von Spanien liebäugeln. Trotzdem ist das Erpressungspotenzial der kleinen Parteien im Vergleich zur letzten Legislaturperiode durch die Stimmenzuwächse der beiden großen Volksparteien gesunken. Dies gibt der Regierung die Chance, sich intensiver auf die eigentliche Opposition, nämlich die Volkspartei, zu konzentrieren. Die bisher beschwerliche Suche nach Mehrheiten im Parlament ist leichter geworden, die inhaltlichen Herausforderungen bleiben jedoch enorm.

Das Erpressungspotenzial der kleinen Parteien ist im Vergleich zur letzten Legislaturperiode durch die Stimmenzuwächse der beiden großen Volksparteien gesunken.

Ein großer Teil des Erfolges oder Misserfolges der zweiten Zapatero-Regierung wird davon abhängen, ob es gelingt, das schlingende Schiff der Wirtschaft auf Kurs zu bringen. Zapatero hatte bis zum Wahlabend wohl auch aus wahltaktischen Gründen kritischen Bemerkungen über den Zustand der spanischen Volkswirtschaft widersprochen und diese als „Katastrophengerede“ abgetan. Erst wenige Wochen nach der Wahl gestand Wirtschafts- und Finanzminister Solbes ein, seine Wachstumsprognose für 2008 von 3,1 Prozent nicht mehr halten zu können, und korrigierte das zu erwartende Wirtschaftswachstum auf 2,4 Prozent. Prognosen verschiedener internationaler Einrichtungen liegen noch deutlich unter diesem Wert.²⁵ Hauptaufgabe der spanischen Regierung in der Wirtschaftspolitik wird die Bekämpfung der ansteigenden Arbeitslosigkeit und Inflation sowie die Eindämmung der Folgen der Immobilienkrise sein. Die Experten sind sich einig, dass die vergangene Dekade des Wirtschaftsaufschwungs vorbei ist und schwierigere Zeiten auf Spanien zukommen. Diese verlangen vor allem auf dem Arbeitsmarkt strukturelle Reformen. Die Erwerbslosigkeit stieg in den vergangenen Monaten trotz eines Wachstums von 3,8 Prozent bereits an. Wird die Konjunktur nun einbrechen und das Wachstum sich verlang-

25 | Zu der aktuellen Lage der spanischen Wirtschaft veröffentlichte die Commerzbank im März eine Studie, in der sie das Wachstum für 2008 sogar nur auf 1,5 Prozentpunkte beziffert und der Regierung riet, der Verschlechterung mit einer expansiveren Fiskalpolitik zu begegnen. Der IWF geht von einem Wachstum von 1,8 Prozent aus.

Wird die Konjunktur nun einbrechen und das Wachstum sich verlangsamen, ist eine kontinuierliche Zunahme der Arbeitslosigkeit wahrscheinlich.

samen, ist eine kontinuierliche Zunahme der Arbeitslosigkeit wahrscheinlich. Hinzu kommt, dass zuvor im Baugewerbe beschäftigte Einwanderer nun auf den Arbeitsmarkt drängen, aber mangels Qualifikation geringe Chancen

auf andere Beschäftigung haben. Dies könnte auch zu einem „Test der Toleranz“ (*El Economista*) für eine Gesellschaft führen, die seit einem Jahrzehnt lediglich Wachstum kennt und sich nun dem verstärktem Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt gegenüber sieht. Weitere Probleme sind die niedrige Produktivität – die 2003 noch bei 104 Prozent des heutigen Wertes lag – und die Gefährdung der Einheit des spanischen Binnenmarktes. Die Autonomiebestrebungen der Regionen sind keinesfalls nur ein politisches Problem, sondern wirken sich über lokale Regulierungen verzerrend auf Arbeits- und Gütermärkte aus, was den Binnenhandel und die freie Zirkulation von Arbeitskräften behindert. Letztlich schadet dies der Wettbewerbsfähigkeit des Landes insgesamt.

Spanien zählte in den letzten zehn Jahren ca. fünf Millionen Einwanderer, eine Zahl, die in der Welt nur von den USA übertroffen wird. Viele Einwanderer kommen über Nordafrika per Holzboot illegal nach Spanien. Die Integration der Einwanderer und ihre Beschränkung bleibt eine der zentralen Herausforderungen für die Zukunft Spaniens. Hier muss Zapatero beweisen, dass er über eine nachhaltige und vorsorgende Strategie verfügt, und nicht, wie 2005 geschehen, auf gesellschaftliche Realitäten lediglich mit Massenlegalisierungen reagiert.

Allen anders lautenden Beteuerungen zum Trotz ist der Terror noch lange nicht besiegt.

Auch während der kommenden Legislaturperiode sind weitere Anschläge und Morde durch die ETA zu erwarten. Wie der erneute tödliche Anschlag auf einen Polizisten am 14. Mai gezeigt hat, intensivieren die Terroristen ihre Tätigkeit sogar. Allen anders lautenden Beteuerungen zum Trotz ist der Terror noch lange nicht besiegt. Deshalb werden alle Demokraten beweisen müssen, dass sie sich einig gegen den inneren Feind stellen können. Ob dies gelingt oder ob die Antiterrorpolitik erneut zu einem Hauptreibungspunkt zwischen Regierung und Opposition werden wird, bildet eine Gretchenfrage für das gesellschaftliche Klima in Spanien während der nächsten vier Jahre. Hier werden Regierung und Opposition gleichermaßen zeigen müssen, ob sie aus den Fehlern der vergangenen vier Jahre gelernt haben. Erste An-

gebote Zapateros an die Volkspartei, die künftige Antiterrorpolitik gemeinsam zu koordinieren, geben hier Anlass zu vorsichtiger Zuversicht. Allerdings ist es äußerst unwahrscheinlich, dass die Volkspartei von ihrem Standpunkt „Keine Verhandlungen mit Terroristen“ abrückt.

Nach den weit reichenden Zugeständnissen im Hinblick auf die regionale Autonomie, welche die sozialistische Regierung den Regionen Katalonien und Andalusien gemacht hat, gilt es nun, mit den zentrifugalen Kräften richtig umzugehen. Ministerpräsident Zapatero hat mehrfach verlauten lassen, die verabschiedeten Autonomiestatute seien das letzte Wort der Kompetenzabtretung. Schwierigste Herausforderung für Zapatero wird in der Autonomiepolitik wohl das Baskenland werden. Zapatero ist sich darüber im Klaren, dass er das für den 25. Oktober 2008 geplante Referendum über eine Selbstbestimmung der ohnehin schon am meisten autonomen, nichtunabhängigen Region Europas unterbinden muss, soll nicht ein möglicherweise für die territoriale Einheit verhängnisvoller Präzedenzfall geschaffen werden. Dabei kann er sich der Unterstützung der Volkspartei sicher sein.

Ministerpräsident Zapatero hat mehrfach verlauten lassen, die verabschiedeten Autonomiestatute seien das letzte Wort der Kompetenzabtretung.

Der spanische Föderalismus²⁶ ist weiterhin vor allem durch Asymmetrien der Kompetenzen gekennzeichnet, wobei bei der weiteren Ausgestaltung dieser Ungleichheiten kein Ende in Sicht zu sein scheint. Erringen einzelne Regionen weitere Kompetenzen, indem sie sich etwa auf ihr Recht als „historische Nation“ berufen, ziehen andere nach, um ebenfalls in den Genuss dieser Privilegien zu kommen. Jüngster Vorschlag in diesem Zusammenhang ist die Forderung der galicischen Regionalregierung, die Benutzung der galicischen Sprache bei Geschäftsverträgen verbindlich zu machen. Diese Spirale der Kompetenzverlagerungen auf die Regionen könnte nur durch eine entschlossene, von beiden großen Volksparteien gemeinsam durchgesetzte institutionelle Reform aufgehalten werden. Dies könnte etwa in der Form einer Verfassungsänderung geschehen, die die Rechte und

26 | Die Begriffswahl „Föderalismus“ für das politische System Spaniens ist in der Forschungsliteratur durchaus umstritten. So spricht weder die nationale Verfassung von einer solchen Ordnung, noch sind die Landesstatute konkret als regionale „Verfassungen“ anerkannt, denn sie bedürfen immer der bilateralen Kompromisse zwischen Zentralstaat und Autonomer Region.

Pflichten der Regionen im spanischen Staat klar fest-schreibt.

Weitere Diskussionen verspricht die Gesellschaftspolitik. So hat sich in den letzten Monaten nicht nur der Streit um die staatliche Werterziehung verschärft. Auch Diskussionen über die von Gesundheitsminister Bernat Soria und Justizminister Mariano Fernández Bermejo offen geforderte Legalisierung der aktiven Sterbehilfe und eine Reform der

Neuer Streit der Regierung mit der katholischen Kirche scheint somit vorprogrammiert.

Abtreibungsgesetze sind zu erwarten. Neuer Streit der Regierung mit der katholischen Kirche scheint somit vorprogrammiert. Die katholische Bischofskonferenz wählte eine Woche vor der spanischen Parlamentswahl den Madrider Erzbischof und Kardinal Antonio María Rouco Varela zu ihrem Vorsitzenden. Dieser hatte in der Vergangenheit maßgeblich die Proteste gegen die Gesellschaftspolitik der Regierung mitgetragen und erst Ende Dezember 2007 gemeinsam mit Bischofskollegen Hunderttausende zu einer Kundgebung „für die christliche Familie“ mobilisiert.

In vielen dieser inhaltlichen Themen erscheint es noch ungewiss, wie sich der oppositionelle PP aufstellen wird. Mariano Rajoy hat versucht, unmittelbar nach seiner zweiten Wahlniederlage die Führungsposition innerhalb der Partei zu festigen, und seinen Willen bekundet, den PP auch in die Wahlen 2012 zu führen. Er beruft sich zur Untermauerung seines Anspruchs auf den Stimmenzuwachs des PP. Nachdem Rajoy jedoch einige Personen aus seinem unmittelbaren Umfeld, wie die 37-jährige neue Fraktionschefin Soraya Sáenz de Santamaría, in Führungspositionen berief und Kandidaten aus den beiden mächtigen und untereinander rivalisierenden PP-Regionalverbänden Madrid und Valencia außen vor ließ, entzündete sich parteiinterner Widerstand gegen Rajoy. Dieser gruppierte sich vor allem um die Madrider Regionalpräsidentin Esperanza Aguirre, deren politische Vorbilder Margaret Thatcher und Angela Merkel sind. Über Wochen leisteten sich Aguirre und Rajoy einen medienwirksamen Schlagabtausch, bei dem Aguirre bewusst eine mögliche Gegenkandidatur gegen den PP-Chef beim nächsten PP-Parteitag, der vom 20. bis 22. Juni in Valencia stattfindet, offen ließ. Der PP erlebt derzeit eine interne Führungskrise, wie sie die Partei schon lange nicht mehr hat verkraften müssen. Erst wenn diese durchgestanden ist, werden sich stichhaltige Aussagen über die inhaltliche Ausrichtung des „neuen“ PP machen lassen.

Die zweite Legislaturperiode Zapateros bedeutet für Spanien und seine immer noch relativ junge Demokratie einen Lackmustest. Dabei steht der Ministerpräsident vor einer Grundsatzentscheidung. Diese dreht sich im Wesentlichen um die Frage, ob ihm eine geeinte Gesellschaft wichtiger ist oder das Durchsetzen der eigenen ideologischen Agenda. Die Frage, ob der harten und polarisierten zurückliegenden Legislaturperiode vier weitere „rote“ Jahre folgen werden, oder aber ob die gesellschaftlichen Zeichen auf Entspannung stehen, hängt aber nicht nur von der Regierung ab. Durch seine Frontalopposition hat auch der PP in der Vergangenheit viele Brücken zur Verständigung abgebrochen. Eine erste solche war der Zweifel an der Legitimität des zwar unter schwierigen Umständen, aber doch demokratisch zustande gekommenen sozialistischen Wahlsieges von 2004. Dieses Problem scheint mit der Parlamentswahl 2008 ausgestanden. Jetzt sind Regierung und Opposition gefordert, die Schatten der Vergangenheit hinter sich zu lassen und im Interesse eines einigen Spanien in einem immer enger zusammenwachsenden Europa ein neues Kapitel aufzuschlagen.